

Die STARS AND STRIPES untersucht, welche Folgen die Wiederwahl Obamas für die US-Streitkräfte und die US-Kriegsveteranen haben könnte.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 194/12 – 14.11.12

Was die Wiederwahl Obamas für das US-Militär und die US-Kriegsveteranen bedeutet

Von Leo Shane III

STARS AND STRIPES, 07.11.12

(<http://www.stripes.com/news/special-reports/election-2012/what-obama-s-re-election-means-for-the-military-veterans-1.196225>)

WASHINGTON – Obwohl Barack Obama bereits in den vergangenen vier Jahren Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte war, ergeben sich für das Militär aus seiner Wiederwahl am 06.11. in den kommenden Monaten einschneidende Änderungen – besonders in Bezug auf die Verteidigungsausgaben.

Während sein Herausforderer im Wahlkampf eine bedeutende Steigerung des Militärhaushalts in den nächsten Jahren versprochen hat, plant Obama im Hinblick auf die zu Ende gehenden Kriege im Laufe des nächsten Jahrzehnts eine Kürzung der Verteidigungsausgaben um fast 500 Milliarden Dollar.

Die Republikaner im Kongress lehnen diese Kürzungen strikt ab; die Wiederwahl des Präsidenten hat ihrer Hoffnung auf eine Beibehaltung oder mögliche Erhöhung der Verteidigungsausgaben in den kommenden Jahren aber einen starken Dämpfer versetzt.

Nach seinem Sieg wird Obama wohl an dem für 2014 geplanten Abzug aller US-Kampftropfen aus Afghanistan festhalten und im Mittleren Osten auch weiterhin vor allem auf "Diplomatie" setzen. Er hat zwar ein härteres Vorgehen in Pakistan und Syrien versprochen, aber Kritiker fragen sich, warum er nicht schon früher damit angefangen hat.

Wir wagen einen Ausblick auf Maßnahmen, mit denen das Militär in der zweiten Amtszeit Obamas rechnen muss:

Kürzungen der Gesamtstärke der Teilstreitkräfte

Obama hat versprochen, in den nächsten fünf Jahren die Gesamtstärke der Teilstreitkräfte zu reduzieren – die Army um etwa 70.000 und die Marineinfanterie um etwa 18.000 Soldaten; außerdem will er die Anzahl der höheren Militärs und der zivilen Angestellten des Pentagons verringern. Die Ausdünnung dürfte schon 2013 beginnen.

Nach Auskünften seiner Berater wird das Verteidigungsbudget für 2014, das im Februar (2013) vorzulegen ist, die Strategie widerspiegeln, die er bereits im Januar (2012) angekündigt hat: Die Streitkräfte sollen insgesamt schlanker und zu schnelleren Reaktionen fähig gemacht und gleichzeitig in Europa reduziert und im Pazifik verstärkt werden.

Noch vor der Wahl hatte Obama gegenüber der STARS AND STRIPES erklärt, die neue

Verteidigungsstrategie werde flexibler und nachhaltiger sein und "die Verbündeten und Partner durch Hilfen bei der Ausbildung und durch gemeinsame Manöver beim Ausbau ihrer Kapazitäten unterstützen". Das werde aber mit weniger Personal geschehen, was seine rechten Kritiker für unmöglich halten.

Sequestration

Nachdem die Wahl vorüber ist, muss die Verhinderung der im Januar automatisch einsetzenden Kürzung der Verteidigungsausgaben um insgesamt 500 Milliarden Dollar höchste Priorität in dem sich bisher selbst blockierenden Kongress haben. (Auch nach der Wahl haben die Republikaner ihre Mehrheit im Repräsentantenhaus und die Demokraten ihre Mehrheit im Senat behalten.)

Im Wahlkampf haben sowohl Obama als auch Romney vor den drohenden Kürzungen und ihren negativen Auswirkungen auf das Militär gewarnt. Der Präsident hat in den letzten Wochen den Druck auf den Kongress erhöht, damit dieser doch noch einen Alternativplan entwickelt. In der letzten Debatte der Präsidentschaftskandidaten hat Obama versprochen, dass es nicht zu den automatischen Kürzungen kommen werde.

Das wird nicht leicht sein. Die Abgeordneten und Senatoren waren während des ganzen laufenden Jahres nicht in der Lage, sich bei den Ausgabenkürzungen auf einen Kompromiss zu einigen. Obama hat angekündigt, dass die Kürzungen nicht nur zu Lasten des Militärs gehen dürften, er werde aber auch nicht nur Sozialleistungen streichen, um die Streitkräfte zu verschonen.

Führende Republikaner und Demokraten im Kongress haben betont, dass sie Steuererhöhungen nicht zustimmen werden. Beiden Seiten bleiben für eine Einigung weniger als acht Wochen.

Der Konflikt um das Gesetz über gleichgeschlechtliche Eheschließungen

Der Kampf um die USA-weite Anerkennung gleichgeschlechtlicher Ehen betrifft nicht nur das Verteidigungsministerium, könnte aber dramatische Auswirkungen auf die Bezieher militärischer Vergütungen haben.

Obama hat öffentlich angekündigt, dass er den DOMA (Infos dazu unter http://de.wikipedia.org/wiki/Defense_of_Marriage_Act), **das Gesetz, das der Regierung verbietet, gleichgeschlechtlichen Ehepaaren Zuwendungen aus Bundesmitteln zukommen zu lassen, abschaffen will.** Nachdem die Praxis des "Frag nicht nach und sprich nicht darüber" (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Don%20%80%99t_ask,_don%20%80%99t_tell) bereits gerichtlich untersagt wurde, werden Rechtsanwälte von gleichgeschlechtlichen Paaren Obama zur Aufhebung des DOMA drängen.

Wenn der DOMA zurückgezogen oder von Gerichten aufgehoben wird, müssten auch gleichgeschlechtliche Paare bei den Streitkräften in deren Gesundheitsfürsorge einbezogen werden und bei der Beschaffung von Wohnungen und beim Einkaufen die gleichen Vorteile wie heterosexuelle Paare genießen. Auch die Vorteile in der Gesundheitsfürsorge, die Kriegsveteranen zustehen, kämen dann diesem Personenkreis zugute.

Was den Kriegsveteranen versprochen wurde

Eric Shinseki, der für Angelegenheiten der Kriegsveteranen zuständige Staatssekre-

tär, hat zugesagt, die Obdachlosigkeit von Kriegsveteranen und den Rückstand bei ihnen zustehenden Zahlungen bis Ende 2015 zu beseitigen; außerdem soll bis 2017 ein System zu ihrer lebenslangen medizinischen Versorgung geschaffen werden. Alle genannten ehrgeizigen Termine fallen in die zweite Amtszeit Obamas.

Die den Kriegsveteranen gemachten Versprechungen gelten auch für die Welle von Kriegsheimkehrern aus dem Irak und aus Afghanistan, die aus dem Militär ins Zivilleben entlassen wurden oder werden. In den letzten vier Jahren war die Arbeitslosigkeit unter dieser jüngsten Generation der Kriegsheimkehrer besonders hoch, viel höher als im vergleichbaren US-Durchschnitt.

Nachdem Abgeordnete in den letzten Monaten Kritik am Verteidigungsministerium geübt haben, weil nicht genügend Spezialisten zur Betreuung psychisch angeschlagener Kriegsheimkehrer zur Verfügung stehen, wurden die Einstellung weiterer Psychologen und eine Verbesserung der Nachsorge zugesagt.

Die Verbände der Kriegsveteranen haben die eiligen Zusagen begrüßt, beobachten aber sehr skeptisch, ob sie auch wirklich realisiert werden.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern und Hervorhebungen versehen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



What Obama's re-election means for the military, veterans

By Leo Shane III

Published: November 7, 2012

WASHINGTON – Even though Barack Obama has served as commander in chief for the last four years, his re-election Tuesday means significant changes for the military in coming months, especially in terms of defense spending.

Where his challenger in the presidential campaign promised big increases in military budgets in coming years, Obama has planned almost \$500 billion in spending reductions for the military over the next decade, calling it a responsible post-war plan.

Republicans in Congress fiercely oppose the effort, but the president's re-election blunts their hopes of increasing or even holding steady defense spending in coming years.

Obama's victory also leaves the military on a steady path to full withdrawal from Afghanistan in 2014, and on a "diplomacy first" path throughout the Middle East. He has promised a firmer hand with Pakistan and Syria, although critics question why he hasn't done more in those countries.

Here's a look at what else to expect for the military in Obama's second term:

End strength cuts

Obama has pledged to trim back the military's end strength -- the Army by about 70,000, and the Marine Corps by about 18,000, over the next five years -- and reign in the number of senior civilian and military personnel at the Pentagon. The services should start feeling that pinch in 2013.

Advisors have said his proposed 2014 budget, due in February, will reflect the strategy he outlined in January of a leaner, quick-response fighting force, one with a smaller footprint in Europe and a larger presence in the Pacific.

In a statement to Stars and Stripes before the election, Obama said the more modern defense posture will be more flexible and more sustainable, "helping allies and partners build their capacity, with more training and exercises." But it will also be done with fewer personnel, a claim his critics on the right have called impossible to execute.

Sequestration

Now that the election is over, preventing \$500 billion in automatic defense cuts slated to start in January will be the lame-duck Congress' top priority.

For much of the campaign, Obama and Romney railed against the sequestration cuts and the dangers they pose to the military. The president in recent weeks has stepped up his pressure on Congress to find an alternative plan, declaring in the final presidential debate that the cuts "will not happen."

That won't be easy. Lawmakers haven't been able to approach a compromise on the issue all year. Obama stated he won't let the military be decimated by sequestration, but also won't sacrifice other domestic programs to save the services.

Top congressional Republicans and Democrats insist they won't budge on additional tax revenues. The two sides have less than eight weeks to find an answer.

The Defense of Marriage Act

The fight over federal recognition of same-sex marriages isn't directly tied to the Defense Department, but it could have dramatic effects on who receives military benefits.

Obama has publicly stated his opposition to DOMA, which prohibits the government from giving same-sex married couples access to federal benefits. Gay rights advocates have made the issue their key battleground, especially since the "don't ask, don't tell" law has been overturned.

If the defense of marriage act is repealed (or overturned by the courts), gay military couples could have access to health care, housing and commissary benefits that are only open to heterosexual couples. Veterans benefits and health care would also for the first time be open to those individuals.

Promises to veterans

Veterans Affairs Secretary Eric Shinseki promised to end veterans homelessness by late 2015, eliminate the veterans benefits backlog by late 2015, and establish a joint VA-DOD lifelong medical records system by 2017. All of those ambitious deadlines will now come during Obama's second term.

The VA promises come amid a wave of Iraq and Afghanistan veterans leaving the military for civilian life. The unemployment rate among the youngest generation of war fighters has remained stubbornly high for the last four years, usually exceeding the national jobless rate.

And lawmakers in recent months have criticized the department for not having enough mental health specialists on hand, prompting promises of new hiring and better outreach to veterans.

Veterans groups have lauded the lofty goals, but privately have been skeptical about whether the VA can follow through and succeed.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern